

Osnabrücker Jahrbuch Frieden und Wissenschaft 23 / 2016

THEMENSCHWERPUNKT:

KRISEN EUROPAS – UKRAINE, NAHER OSTEN, MIGRATION

- OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2015
- MUSICA PRO PACE 2015
- BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der
Universität Osnabrück

V&R unipress

Wissenschaftlicher Rat der Osnabrücker Friedensgespräche 2015-2016

Prof. Dr. Martina Blasberg-Kuhnke, Kath. Theologie, Universität Osnabrück (Vorsitz)
Prof. Dr. Dr. Rauf Ceylan, Islamische Theologie, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Roland Czada, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück (Stellv. Vorsitz)
Hans-Jürgen Fip, Oberbürgermeister a.D. (Ehrenmitglied)
Prof. i.R. Dr. Wulf Gaertner, Volkswirtschaftslehre, Universität Osnabrück
apl. Prof. Dr. Stefan Hanheide, Musikwissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Christoph König, Germanistik, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Susanne Menzel, Biologie, Universität Osnabrück
Prof. i.R. Dr. Reinhold Mokrosch, Evangelische Theologie, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Ulrich Schneckener, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. em. Dr. György Széll, Soziologie, Universität Osnabrück
Prof. i.R. Dr. Albrecht Weber, Rechtswissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Siegrid Westphal, Geschichtswissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. i.R. Dr. Tilman Westphalen, Anglistik, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Rolf Wortmann, Politikwiss. und Public Management, Hochschule Osnabrück
Dr. Henning Buck (Geschäftsführung)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Henning Buck

Redaktionelle Mitarbeit: Joachim Herrmann, Dr. Michael Pittwald, Jutta Tiemeyer

Einband: Bruno Rothe / Tefvik Goektepe; Foto: www.neumayr.cc

Für freundliche Unterstützung der Osnabrücker Friedensgespräche 2015-2016 danken wir

- der Stadtwerke Osnabrück AG
- der Sievert-Stiftung für Wissenschaft und Kultur
- dem Förderkreis Osnabrücker Friedensgespräche e.V.

Redaktionsanschrift: Geschäftsstelle der Osnabrücker Friedensgespräche
Universität Osnabrück, Neuer Graben 19 / 21, D-49069 Osnabrück
Tel.: + 49 (0) 541 969 4668, Fax: + 49 (0) 541 969 14668
Email: ofg@uni-osnabrueck.de – Internet: www.friedensgespraeche.de

Die Deutsche Nationalbibliothek – Bibliografische Information: Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.
1. Aufl. 2016

© 2016 Göttingen, V&R unipress GmbH, Robert-Bosch-Breite 6, 37070 Göttingen,
mit Universitätsverlag Osnabrück /<http://www.v-r.de/>. Alle Rechte vorbehalten.
Printed in Germany: Hubert & Co., Robert-Bosch-Breite 6, 37070 Göttingen.
Gedruckt auf säurefreiem, total chlorfrei gebleichtem Werkdruckpapier; alterungsbeständig.

ISBN: 978-3-8471-0645-6
ISSN: 0948-194-X

Inhalt

Vorwort der Herausgeber.	7
Editorial.	9
I. OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2015	
<i>Ukraine – Land in der Zerreißprobe?</i>	
Mit Vitali Klitschko, Hans-Gert Pöttering, Reinhard Lauterbach	15
<i>Verhärtete Fronten zwischen Israel und Palästina: Was kommt nach den Wahlen?</i>	
Mit Avi Primor, Abdallah Frangi, Muriel Asseburg	41
<i>Massentierhaltung – Ist unsere Tierproduktion noch zu verantworten?</i>	
Mit Christian Meyer, Heinrich Bottermann, Bernhard Krüsken	69
<i>Flüchtlingselend weltweit und Willkommenskultur in Osnabrück</i>	
Mit Boris Pistorius, Karin Asboe, Jochen Oltmer	101
Adolf Muschg, Männedorf bei Zürich	
<i>Europa sieht Deutschland: Europa und das Vergessen</i>	125
<i>Druschba!? – Welchen Weg nimmt das deutsch-russische Verhältnis?</i>	
Mit Matthias Platzeck und Irina Scherbakowa	143

**II. MUSICA PRO PACE –
KONZERT ZUM OSNABRÜCKER FRIEDENSTAG 2015**

Stefan Hanheide, Osnabrück
*Die »Alpensinfonie« von Richard Strauss und die
»Musik für Orchester« von Rudi Stephan in ihren Bezügen
zum Ersten Weltkrieg* 165

III. BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Rolf Wortmann, Osnabrück
*Wozu Geopolitik? Von der Wiederkehr und den Risiken
einer problematischen Denkfigur* 179

Susanne Güsten, Istanbul
*Schwierige Heimkehr. Das Beispiel aramäischer Christen
in der Südosttürkei* 191

Albrecht Weber, Osnabrück
*Die Steuerung der Flüchtlingseinwanderung aus
rechtlicher Perspektive.* 201

IV. ANHANG

Referentinnen und Referenten, Autorinnen und Autoren 213
Abbildungsnachweis 219

■ I. OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2015



»Ukraine – Land in der Zerreißprobe?«
Friedensgespräch im Europa-Saal der OsnabrückHalle



Empfang durch Oberbürgermeister Griesert im historischen
Friedensaal des Rathauses

Ukraine – Land in der Zerreißprobe?

Podiumsveranstaltung im Europa-Saal
der OsnabrückHalle am 26. März 2015

<i>Dr. Vitali Klitschko</i>	Bürgermeister der Stadt Kiew, Ukraine
<i>Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering</i>	Präsident des Europäischen Parlaments a.D., Vorsitzender der Konrad- Adenauer-Stiftung e.V.
<i>Reinhard Lauterbach</i>	Freier Journalist, Osteuropa- Korrespondent
<i>Prof. Dr. Reinhold Mokrosch</i>	Universität Osnabrück – Gesprächsleitung

Reinhold Mokrosch: Die Osnabrücker Friedensgespräche dienen der authentischen Information und Aufklärung. Sie sind kein Tribunal, bei dem Menschen, Politiker, Ökonomen oder Wissenschaftler glorifiziert oder verurteilt werden sollen. Wir haben heute eine hervorragende Gelegenheit, Informationen aus erster Hand über die Ukraine zu erhalten, und wir wollen und werden eine sachliche Diskussion darüber führen.

Wir möchten erfahren, wie sich die Lebensbedingungen in der Ukraine seit dem Machtwechsel im Frühjahr 2014 und dem Abschluss eines Assoziierungsabkommen mit der EU verändert haben. Wir möchten wissen, welche Reformen auf den Weg gebracht wurden und welche Reformen noch ausstehen. Wir möchten erfahren, ob und wie Oligarchie und Korruption bekämpft werden. Und wir möchten Einschätzungen hören, ob und wie der Krieg im *Donbas* beendet oder wenigstens die Waffen zum Schweigen gebracht werden können.

Diplomatische Bemühungen von *Angela Merkel*, *Frank-Walter Steinmeier* und *François Hollande* haben maßgeblich zum Abschluss des zweiten Minsker Friedensabkommens beigetragen. Damit wurden auch Waffenlieferungen aus den USA und Großbritannien in die Ukraine und damit eine weitere Eskalation verhindert. Diplomatie statt militärischer Eskalation: auch Deutschlands Vermittlerrolle ist zu würdigen.

Herr Dr. Klitschko, wir möchten Sie als Bürgermeister und Chef der Stadtverwaltung von Kiew, aber auch als Landespolitiker und als gewähltes Mitglied des ukrainischen Parlaments befragen. Die ukrainische Wirt-

schaft ist im Lauf des vergangenen Jahres stark geschrumpft und die Staatsverschuldung hat sich drastisch erhöht. Westliche Unternehmen, besonders aus der Automobil- und der Gasfrderbranche, aber auch aus der Landwirtschaft ziehen sich aus dem Land zurück. Wie kann es nach dem Krieg in der Ostukraine, im Donbas, zu einer neuen Wertschöpfung in der Ukraine kommen?

Herr Pöttering, welche Reformen erwarten Sie von der Ukraine als Nächstes und wie schtzen Sie die bisher eingeleiteten Reformen ein? Sind Kiew und die Ukraine auf dem richtigen Weg? Oder haben Zentralismus und Nationalismus die Oberhand? Wie beurteilen Sie die Wirtschaftssanktionen des Westens gegenüber Russland? Eine Schwächung der Wirtschaft Russlands bedeutet auch eine Schwächung der Wirtschaft der Ukraine, weil die Ukraine sehr viele Handelsbeziehungen mit Russland hat.

Herr Lauterbach, Sie leben in Polen und haben den Reformaufschwung Polens mitverfolgt. Welche Reformen würden Sie der Ukraine vorschlagen? Etwa eine Dezentralisierung der Justiz, des Militärs, des Gesundheitswesens, der Medien, der Energiepolitik? Welches Interesse hat Russland an der Krim und an der Ostukraine? Und falls Sie einen Föderalismus in der Ukraine befürworten: Wie könnte dieser aussehen?

Bevor wir Ihre Statements hören, meine Herren, wollen wir aller Opfer des Konfliktes in der Ukraine gedenken, der Opfer des 20. Februar 2014 auf dem Majdan, der Opfer des 2. Mai 2014 in Odessa und aller Opfer des Krieges im Donbas und in Mariupol.

Vitali Klitschko: Wir sind hier in der Friedensstadt Osnabrück, in diesem Saal, zusammengekommen, um ein Gespräch über den Frieden zu führen. Ich bin hier als ein Politiker, dessen Land sich im Krieg befindet. Dieser Krieg tötet täglich Hunderte von Menschen. Es sterben Soldaten, Zivilisten und – am schlimmsten! – Kinder. Die Staats- und Regierungschefs sowie die ganze Welt sind über den Krieg in der Ostukraine und über die russische Aggression gegenüber der Ukraine tief besorgt. Die Europäer haben ein gemeinsames Wertesystem entwickelt, um in Frieden zusammenzuleben und alle Konflikte friedlich zu lösen. Die Ukraine wird weiterhin ihr Territorium und ihren Frieden in Europa verteidigen. Für uns ist wichtig, dass die Ukraine und die Europäische Union weiter zusammenbleiben. Mit Unterstützung von Europa wird die Ukraine ihre Erfolgsgeschichte in Europa erleben. Russland – und ich verstehe diejenigen, die hier anderer Meinung sind – muss endlich begreifen, dass niemand ungestraft internationale Abkommen wie das Budapester Abkommen von 1994, die territoriale Integrität und die Unabhängigkeit anderer Staaten verletzen darf.

Wie kann man den Weg zum Frieden finden? Eine Antwort auf diese Frage bietet der Friedensprozess, der 1648 zum *Westfälischen Frieden* führte. Vor allem ist wichtig, dass auf allen Seiten des Konfliktes der Wunsch und der Wille da sind, Frieden zu erreichen. Die Tatsache, dass das Minsker Abkommen nicht vollständig erfüllt worden ist, zeigt, dass leider nicht alle Seiten Verhandlungsprozesse wollen und einen Friedenswunsch bzw. Friedenswillen haben. Alles, was heute passiert, hat damit zu tun, dass Russland nicht die Absicht hat, seine Einmischung in die inneren Angelegenheiten und in die Souveränität der Ukraine zu stoppen. Heute ist die Ukraine im Kriegszustand; ich bin sicher, dass Russland bereits jetzt einen Krieg in Europa führt. Es ist kein Krieg zwischen Russland und der Ukraine, sondern zwischen Russland und dem Westen, denn die Ukraine ist Europa und Bestandteil der westlichen Zivilisation.

Schüsse und Explosionen hören wir also schon heute vor der Haustür der Europäischen Union. Für die Ukraine sind die Hilfe und die Unterstützung durch unsere europäischen Partner bei der Beilegung des Konfliktes und der Herstellung von Frieden lebenswichtig. Unsere erste Priorität sind demokratische Reformen, wirtschaftliche Reformen und der Wiederaufbau des Landes. Der Krieg im Donbas zeigt, dass die politische Führung in Russland alles dafür tun wird, die europäische Entwicklung der Ukraine zu untergraben. Russland will durch die Destabilisierung der Situation in der Ukraine unsere Bewegung hin zu Europa verhindern sowie Reformen und demokratische Prozesse stoppen, weil jedes erfolgreiche Beispiel für einen demokratischen Wandel in der Ukraine eine direkte Bedrohung für die Diktatur bringt.

Wir Ukrainer wollen Frieden in unserem Land und in Europa. Wir verteidigen unser Land, unsere Souveränität und unsere territoriale Integrität. Unsere Zukunft sehen wir in der europäischen Familie. Deswegen ist deren Unterstützung für uns wichtig. In Schwierigkeiten erkennt man wahre Freunde, und wir sehen, dass die Ukraine viele echte Freunde hat. Ich verstehe, dass viele Leute hier eine andere Meinung haben. Ich bin einer derjenigen, die die Sowjetzeit miterlebt haben und die wissen, welche Wirkung Propaganda hat. Und leider hat Propaganda auch heute noch eine riesige Wirkung; Millionen von Menschen sind davon betroffen. Heute aber ist unser gemeinsames Ziel, die Situation zu verändern und eine friedliche Lösung für den Konflikt zu finden.

Hans-Gert Pöttering: Vor drei Jahren kämpften in Kiew die Fußball-Nationalmannschaften von Italien und Spanien in einem spannenden Finale um den Titel des Europameisters. Die Halbfinalrunde zwischen Deutschland und Italien hatte einige Tage zuvor im Stadion von Donezk

stattgefunden. Seit fast zwölf Monaten wird nun erneut in der Ukraine gekämpft, dieses Mal jedoch mit militärischen Mitteln. Im Osten des Landes sterben Menschen in einem bewaffneten Konflikt, in dem es um nichts Geringeres geht als die territoriale Integrität des ukrainischen Staates. Diese Integrität wird derzeit andauernd verletzt. Die Annexion der Krim durch Russland war ein Bruch des Völkerrechts. Sie ist ein Unrecht, und sie ist auch nicht durch die Bemühung historischer Argumente zu rechtfertigen. Genauso verhält es sich mit der Unterstützung sogenannter prorussischer Separatisten in der Ostukraine. Diese Unterstützung, sei sie logistisch oder militärisch, ist ein Gewaltakt gegen die ukrainische Souveränität.

Die Ukraine ist ein europäisches Land. Auch Russland ist übrigens ein europäisches Land, das dürfen wir nicht vergessen. Deutschland unterstützt die Integration des ukrainischen Staates in das westliche Wertesystem. Dessen Kern machen die Würde des Menschen, die Menschenrechte, die Demokratie, die Rechtsstaatlichkeit sowie Frieden und Freiheit aus. Deswegen bleibt das Handeln des russischen Präsidenten nicht ohne Folgen. Die Europäische Union – das sind 28 Länder mit über 500 Millionen Menschen – hat gemeinsam auf diese Völkerrechtsverstöße reagiert und wirtschaftliche Sanktionen beschlossen. Gleichzeitig ist es wichtig, dass wir das Gespräch mit der russischen Führung aufrechterhalten. Ich habe hohen Respekt davor, wie sich Bundeskanzlerin Merkel zusammen mit Außenminister Steinmeier bis zur physischen Erschöpfung für den Frieden in der Ukraine eingesetzt haben und weiter einsetzen. Wenn wir Europäer diese Gespräche mit Erfolg führen wollen, müssen wir als Europäische Union geschlossen sprechen und handeln. Eine deutsche Sonderrolle, einen deutschen Sonderweg, darf und wird es nicht geben. Denn das wäre fatal für die europäische Verhandlungsposition und für unser Land. Die Bundesrepublik Deutschland muss sich als verlässlicher Partner erweisen und das tut sie auch: solidarisch in der Europäischen Union und gesprächsbereit in Richtung Moskau – aber an der Seite derjenigen in der Ukraine, die ein freies, demokratisches Land aufbauen wollen.

Deutschland hat hierbei ein starkes Augenmerk auf Frankreich. Es war ein großartiges Zeichen, dass François Hollande und Angela Merkel gemeinsam nach Minsk reisten, um mit *Wladimir Putin* und *Petro Poroschenko* zu sprechen. Das zeigte die Einheit der Europäischen Union und gleichzeitig unsere Dialog- und Gesprächsbereitschaft. Verlässlichkeit schafft Vertrauen. Mangelnde Glaubwürdigkeit aber zerstört das in internationalen Beziehungen so wichtige Vertrauen. Russlands Präsident hat bedauerlicherweise dieses Vertrauen sehr stark beeinträchtigt. Gleichwohl sagen wir: Es ist immer Zeit zur Umkehr. Anfangs behauptete Putin, es

gebe keine russischen Truppen auf der Krim. Vehement leugnete Moskau, dass es sich bei den Truppen ohne Hoheitsabzeichen, die Ende Februar 2014 strategische Orte auf der Halbinsel besetzten, um russische Soldaten handelte. Im März 2015 gab Präsident Putin dann in einer russischen Fernsehdokumentation unumwunden zu, den Befehl, »die Krim zurück zu Russland zu holen«, selbst gegeben zu haben. Er gestand, dabei russische Truppen eingesetzt zu haben. Als jemand, der den Dialog vor jede militärische Aktion stellt, muss ich klar sagen, dass Leugnen und Lügen keine Basis für Gespräche sind, die den Frieden bringen sollen.

Die Bedeutung des Ukraine-Russland-Konflikts geht weit über den europäischen Kontinent hinaus. Die Vorstellung des russischen Präsidenten, Grenzen nach ethnischen Kriterien ziehen zu wollen, könnte auch in vielen afrikanischen Staaten als Vorbild herangezogen werden. In Afrika gibt es viele Grenzen, die quer durch die Siedlungsräume ethnischer Gruppen verlaufen. Würden afrikanische Machthaber ebenfalls auf die Idee kommen, ethnische Gruppen unter einem nationalen Dach zusammenzuführen und dafür Staatsgrenzen mit Gewalt infrage zu stellen, würde das weite Teile des afrikanischen Kontinents in Krieg und Chaos stürzen. In diesen Ländern könnten außenpolitische Aggressionen mit innenpolitischen Repressalien einhergehen. Insbesondere politisch schwache Machthaber könnten diese außenpolitischen Umstände dazu nutzen, ihre Position innerhalb des eigenen Landes zu stärken. Der Weg dahin führt über die Einschränkung der Meinungs- und Pressefreiheit, die Unterdrückung der Opposition und ein grundsätzliches Misstrauen gegenüber dem eigenen Volk, falls dies nicht ohnehin bereits Realität sein sollte.

In Russland haben wir Ähnliches erlebt. Im Oktober vergangenen Jahres hat das russische Justizministerium die Auflösung der Menschenrechtsorganisation *Memorial* beantragt. Das Moskauer Verfassungsgericht lehnte den Antrag zwar ab. Dieser reiht sich aber in eine lange Kette von Einschüchterungsversuchen gegenüber Memorial und anderen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) ein. So wurde 2013 das NGO-Gesetz verschärft. NGOs, die vom Ausland finanziell unterstützt werden und politisch aktiv sind, werden seitdem als »ausländische Agenten« registriert. Damals wurden 2.000 Büros von NGOs durchsucht, darunter das Moskauer Büro von *Amnesty International* sowie die Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Konrad-Adenauer-Stiftung. Im Dezember 2011 gingen bei Massenprotesten gegen den Ausgang der russischen Präsidentschaftswahlen Spezialeinheiten des Innenministeriums gegen die Demonstranten vor. Die eingesetzte Division, die hunderte Protestierende festnahm, war nach *Felix Dserschinski* benannt, dem Begründer der sowjetischen Geheimpolizei *Tscheka* und – bis zu seinem Tod 1926 – engen Verbände-

ten des Diktators *Stalin*. Die weitere Einschränkung der Freiheiten von Bürgern, Medien und der Opposition sowie die Anlehnung an sowjetische Persönlichkeiten zeigen, dass die Bestrebungen der russischen Außenpolitik mit einer innenpolitischen Rückwärtsbewegung einhergehen. Die Orientierung an sowjetischen Großmachtzeiten erscheint hier offenkundig.

Der »Schutz der russischen Minderheiten«, den Präsident Putin als Begründung für seine Aggression gegenüber der Ukraine vorschiebt, lässt sich nur durch eine wirksame Rechtsordnung gewährleisten. Unser europäisches Modell, das durch seine Gesetze Minderheiten schützt, dient dabei als Vorbild. Um es deutlich zu sagen: Nicht territoriale Angliederung ist der richtige Weg, sondern die Gewährleistung gesetzlichen Schutzes für alle Einwohner eines Staates. Meine Forderung an den Präsidenten und an das Parlament in der Ukraine ist, dass die russischstämmigen Menschen in der Ostukraine ihre eigene Identität und ihre eigene Kultur leben können. Dazu braucht man eine klare Verfassung, die das innerhalb des Staatsverbandes der Ukraine garantiert.

Das vermeintliche Recht der russischstämmigen Bevölkerung, die Ukraine zu verlassen und ihr dortiges Siedlungsgebiet Russland anzuschließen, wird in umgekehrter Weise dem tschetschenischen Volk verweigert. Die Unabhängigkeitsbestrebungen der Tschetschenen, die russische Föderation zu verlassen, wurden mit zwei Kriegen beantwortet. Das zeigt die Unglaubwürdigkeit der gegenwärtigen russischen Politik. Auch der Vergleich der Krim-Annexion mit der Abspaltung des Kosovo von Serbien führt in die Irre. Denn es war der ethnische Säuberungskrieg von *Slobodan Milošević*, der zu einem Eingreifen der NATO-Truppen führte. Zuvor wurde – unter Beteiligung Russlands – versucht, mittels Sanktionen und Verhandlungen Lösungen zu finden. Wenn die Menschenrechte großer Bevölkerungsteile nicht *massiv* bedroht oder verletzt werden, fehlt eine gesetzliche und moralische Grundlage für einen militärischen Eingriff von außen. Das war auf der Krim nicht gegeben. Und es ist von besonderer Ironie, dass Russland bis heute die Republik Kosovo nicht anerkannt hat, aber genau diesen Fall zur Rechtfertigung der Krim-Annexion immer wieder ins Gespräch bringt.

Ich habe schon betont, dass die Ukraine ein europäisches Land ist. Es ist in seiner Kulturtradition tief im europäischen Kontinent verankert. Dasselbe gilt aber auch für die russische Lebensform. Die westliche Kritik richtet sich gegen das Verhalten der russischen Führung, nicht gegen das russische Volk. Die russische Bevölkerung soll wissen, dass wir wollen, dass man Russland immer zu Europa rechnet. Wenn auch in deutschen Medien immer wieder »Europa« und Russland als getrennt dargestellt werden, schließt man Russland gedanklich aus Europa aus. Korrekt müsste

es heißen: die *Europäische Union* und Russland. Ein fehlerhafter Sprachgebrauch kann am Ende auch zu falschen Handlungen führen.

Es bleibt zu hoffen – und daran müssen wir mit aller Kraft arbeiten –, dass Russland zur Wahrung des internationalen Völkerrechts zurückkehrt. Die Donbas-Arena in Donezk, wo im Juni 2012 die deutsche und die italienische Fußball-Nationalmannschaft aufeinandertrafen, ist heute von Beschuss und Zerstörung gezeichnet. Sie ist ein Symbol der Eskalation des Krieges zwischen der Ukraine und den von Russland unterstützten Separatisten, einer Eskalation, die vor wenigen Jahren noch undenkbar schien. Es ist aufrichtig zu wünschen, dass in der Ukraine schnellstmöglich Frieden einkehrt und die Ukrainerinnen und Ukrainer wieder ohne Angst um ihr Leben und mit Zuversicht in die Zukunft sehen können. Ich bin der Meinung, dass Persönlichkeiten wie Vitali Klitschko allen Respekt dafür verdienen, dass sie unter ungeheuer schwierigen Bedingungen daran mitwirken, der Ukraine eine freiheitliche und friedliche Zukunft zu ermöglichen. Wir sollten als Deutsche und Europäer in der Europäischen Union alles tun, dieses Bemühen für Freiheit, Demokratie und Recht zu unterstützen.

Reinhard Lauterbach: Die Leitfrage der heutigen Veranstaltung lautet: Ist die Ukraine in der Zerreißprobe? Das Fragezeichen am Ende dieses Satzes kann man getrost streichen. Die Ukraine *ist* tatsächlich in einer Zerreißprobe, sie ist heute *de facto* gespalten. Das wird auch in internen Studien westlicher *think tanks* offen gesagt. Das Beharren auf ihrer territorialen Integrität in der bis 2013 geltenden Form ist bloße politische Rhetorik. Ich halte eine Wiederherstellung der ukrainischen Grenzen in dieser Form aus mehreren Gründen für sehr unwahrscheinlich.

Der erste Grund dafür ist, dass der sogenannte Euromajdan eben nur zu einem Teil, zu einem im Verlauf immer geringer werdenden Anteil, ein ›proeuropäischer Aufstand der Zivilgesellschaft‹ war. Dieser Aufstand wurde von Tag zu Tag immer mehr nationalistisch aufgeladen. Organisationen, wie der ›Rechte Sektor‹, gründeten sich drei Tage nach Beginn der Pro-EU-Proteste auf dem Majdan in Kiew. Diese rechten Kräfte haben sehr schnell dafür gesorgt, dass eine erstaunlich gute materielle Infrastruktur dort vorhanden war. Sie prägten auch die Rituale dieses Majdan. Es gab z.B. im Winter wiederkehrende Hüpfrituale, bei denen die Leute auf und ab hüpfen, um sich die Füße zu wärmen. Dazu wurde skandiert: Wer nicht hüpfen, ist Moskal! – Moskal ist eine abfällige, beleidigende Bezeichnung für Russen.

Auf dem Majdan fand von Anfang an eine Polarisierung zwischen den Protestierenden einerseits und den ›anderen‹ statt. Wer dort war, musste sich dazu verhalten. Stand man mit Mikrofon oder Kamera in der Hand

da, wurde man gefragt, warum man nicht mithüpft. Ich habe dann erklärt, ich sei Ausländer und möchte mich nicht in die inneren Angelegenheiten der Ukraine einmischen. Das wurde respektiert. Allerdings musste ich feststellen, dass andere deutsche Staatsbürger und Vertreter westeuropäischer Länder keine solche Zurückhaltung übten. Im Gegenteil, westliche Vertreter – von *Lech Wałęsa* bis hin zu deutschen Parlamentariern – traten sehr schnell als Unterstützer dieser Bewegung auf und engagierten sich politisch in der Ukraine. Damit haben sie zu einer Eskalation beigetragen, die sich für den Zusammenhalt dieses Landes fatal ausgewirkt hat.

Die Ukrainische Sowjetrepublik, so wie sie 1991 in die Unabhängigkeit ging, war und ist ein in hohem Maße politisch heterogenes Gebilde. Aus historischen Gründen waren dabei Gebiete mit unterschiedlichen Kulturen, Mentalitäten und Geschichtsbildern zusammengefügt worden und gingen in dieser Konstellation in die Unabhängigkeit. Ein Zusammenhalt des Landes war nur um den Preis zu haben, dass die unterschiedlichen Geschichtsbilder und -konzeptionen einander zumindest in Ruhe lassen mussten. Man kann *Viktor Janukowytsch* vieles vorwerfen, insbesondere maßlose Korruption. Aber er hat in der Westukraine nicht ein einziges Standbild von *Stepan Bandera*, dem Idol der Nationalisten, abreißen lassen. Die Majdan-Aktivisten, die Janukowytsch stürzten, machen das aber reihenweise mit den *Lenin*-Statuen in der Ostukraine. Ich bin nicht der Ansicht, dass ein ordentliches Lenin-Standbild zu jeder schönen ukrainischen Stadt gehört. Aber diese Lenin-Stürze waren eine Demonstration gegenüber den Leuten in der Ostukraine, die an diesen Dingen festhalten, mit der Ankündigung, dass sie jetzt nichts mehr zu melden haben. Es gab Vergleichbares in der deutschen Geschichte: Die Münchner Räterepublik 1918/19 beging den gleichen Fehler, als sie glaubte, als erste Amtshandlung in Bayern die dort typischen ›Marterl‹, christ-katholische Bildstöcke an den Landstraßen, umstürzen zu müssen. Dies brachte die Landbevölkerung noch mehr gegen sie auf, als es ihr Programm ohnehin tat. Die Attacken gegen Lenin-Denkmäler sind nur eine von vielen konfrontativen Maßnahmen. Es gab auch Überfälle des Rechten Sektors auf Leute, die bei Kundgebungen ihre Unterstützung für Janukowytsch demonstriert hatten. Busse, in denen sie auf dem Rückweg ins Donbas oder auf die Krim unterwegs waren, wurden auf freiem Feld angehalten, die Demonstranten wurden gedemütigt und misshandelt. Man zog ihnen die Schuhe aus und zwang sie, auf Strümpfen durch den Schnee zu laufen und die ukrainische Nationalhymne zu singen. Danach wurde den Leuten mitgegeben: Zu euch auf die Krim kommen wir auch noch!

Solche Ereignisse sprachen sich herum und sorgten mit dafür, dass bei den Referenden auf der Krim im März 2014 die Mehrheiten so ausfielen,

wie sie ausgefallen sind; Mehrheiten übrigens, die auch von späteren, von der Ukraine in Auftrag gegebenen Umfragen bestätigt wurden. So ergab eine von der ukrainischen Tochtergesellschaft der deutschen Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) veröffentlichte Umfrage über die Stimmungen auf der Krim, dass die Zustimmung zum aktuellen Status in der Generation der unter Dreißigjährigen bei 75% lag, und in der Generation der über Sechzigjährigen etwa bei 95%. Das pro-ukrainische Element ist auf der Krim in einer absoluten Minderheitenposition.

Man kann natürlich sagen, dass neue Grenzziehungen nach ethnischen Kriterien nicht das sind, was wir uns heute in Europa wünschen. Es geht mir nicht darum, die Politik Putins zu rechtfertigen. Man muss aber feststellen, dass es zuvor Versuche gab, die kulturellen Rechte der russischsprachigen Bevölkerung in der Ukraine einzuschränken. Nachdem Übergangspräsident *Olexandr Turtschynow* sah, was diese Maßnahme anrichten würde, entschied er, das entsprechende Gesetz nicht zu unterschreiben, um nicht noch mehr Öl ins Feuer zu gießen. Das ändert nichts daran, dass seine eigenen Leute im Überschwang des Machtwechsels am Tag Eins ihrer Machtergreifung das vorherige Sprachengesetz aufhoben.

Ebenso hatte die russische Übernahme der Krim ihren Vorlauf darin, dass am Tag Drei oder Vier des Machtwechsels der Antrag ins Parlament in Kiew eingebracht wurde, sämtliche Verträge über die Stationierung der russischen Schwarzmeerflotte auf der Krim fristlos zu kündigen. Russland hätte in dieser Situation zwei Alternativen gehabt: entweder seine Marine aus Sewastopol durch den Bosphorus nach Murmansk zu evakuieren und damit seine Schwarzmeerküste ohne Verteidigung zu lassen – während diese gleichzeitig von der NATO von Sewastopol aus blockiert worden wäre – oder zu eben jener Politik des Handstreichs zu greifen, die es dann ergriff. Es passierte also nichts ganz ohne Grund und Anlass.

Mit den Auseinandersetzungen und dem faktischen Zerfall des staatlichen Zusammenhangs in der Ukraine sehen wir die Folgen eines Machtwechsels, in dessen Verlauf versucht wurde, genau jene kulturellen und politischen Ambivalenzen, die das Land 25 Jahre lang prägten und zusammenhielten, in einer eindeutigen Art und Weise aufzulösen. Das ging in tragischer Weise schief. Das muss man berücksichtigen, wenn man heute über die Ukraine redet und überlegt, wie es weitergehen kann.

Es gibt einen weiteren Grund, warum das Land kaum zu seinen alten Grenzen zurückkehren wird: Von Herrn Klitschko hörten wir, die Ukraine wolle den Frieden. Daran aber gibt es begründete Zweifel. Das Minsker Abkommen sieht vor, dass man sich mit den Vertretern der ostukrainischen Volksrepubliken zunächst über deren Status einigt und danach Regionalwahlen abhält. Die *Werchowna Rada* hat aber zwischenzeitlich

das genaue Gegenteil beschlossen, nämlich Wahlen erst stattfinden zu lassen, wenn die Volksrepubliken kapituliert haben. Man will die Volksrepubliken zur Kapitulation zwingen, und das geht nicht anders, als mit einem neuen Waffengang. Man kann davon ausgehen, dass diese Volksrepubliken, die mittlerweile aus Beutewaffen militärisch einiges aufbieten können, sich einem solchen Angriff nicht wehrlos geschlagen geben werden.

Meine These ist, dass die einzige Lösung, in der der Zusammenhalt der Ukraine gewährleistet wäre, ein Föderalismus sein müsste, der die kulturellen Rechte der russischsprachigen Bevölkerung in vollem Umfang respektiert. Ob das unter den Leuten, die jetzt in Donezk und Lugansk das Wort führen, Zustimmung findet, wird sich zeigen. Die Vorstellung, man könne in der Ukraine einen nationalistischen Durchmarsch unter Bandera-Bildern veranstalten, hat nach dem Ende des Euromajdan ihre politische Haltlosigkeit und ihren verhängnisvollen Charakter hinreichend bewiesen. Deswegen meine ich, dass ernsthafte Verhandlungen über eine tiefgreifende Föderalisierung der Ukraine im Moment die wichtigste Reform wären, die das Land nötig hätte, um seinen Bestand zu erhalten.

Auch das Zähmen der Oligarchenmacht, wie es jetzt möglicherweise an der Person *Igor Kolomojskyj* versucht wird, ist gut und wichtig. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn dort rechtsstaatliche Verhältnisse einziehen würden. Es ist aber fraglich, ob hinter der Zählung des einen Oligarchen, der es mit dem Wirtschaften in die eigene Tasche aufgrund seiner staatlichen Funktion zu weit getrieben hat, nicht nur das Bemühen steht, die Ressourcen innerhalb der ukrainischen Oligarchie anders zu verteilen. Die Dinge sind noch unentschieden; meine Erfahrungen mit den Äußerungen ukrainischer Politiker lassen mich solche Ankündigungen mit Skepsis begegnen.

Das Wichtigste ist, dass für die Ukraine Frieden kommt, dass die Leute nicht mehr fürchten müssen, von der einen oder anderen Seite beschossen zu werden, und dass dieses Land, befreit von den Kriegslasten, endlich wieder in der Lage sein wird, auf die Beine zu kommen. Die Ukraine wäre dann nicht mehr das, was sie derzeit absehbar sein wird: ein dauerhafter Alimentationskandidat für die Europäische Union und ein Land, das seinen Bürgern dauerhaft schlechter werdende Lebensbedingungen anzubieten hat und somit den Migrationsdruck aus der Ukraine in die EU verstärken würde.

Reinhold Mokrosch: Herr Klitschko, ist die Föderalisierung der Ukraine die dringendste Reform? Welchen Status ist das Parlament bereit, dem Donbas zu geben? Könnte es eine eigene föderale Provinz werden neben anderen Provinzen?

Vitali Klitschko: Viele Menschen stellen sich diese Fragen: Wofür kämpfen die Leute? Wofür sterben sie? Welches Ziel und welche Gründe gibt es dafür? – Als der ›Eiserne Vorhang‹ fiel, wurde der gesamte Ostblock mit Ländern wie Polen, Ungarn, Tschechoslowakei frei und auch die ehemaligen Republiken der Sowjetunion wurden unabhängig. Die Länder entfernten sich vom Kommunismus und gingen über zum Kapitalismus, zur Marktwirtschaft. Damals war ich 19 Jahre alt und wir alle träumten davon, ein demokratisches Land aufzubauen, und wir wünschten uns, dass alle Bewohner eine gute Zukunft haben würden.

Seither, seit 24 Jahren, hat sich in der Ukraine nicht viel geändert. Damals war das Bruttoinlandsprodukt in der Ukraine dreimal so hoch wie in Polen. Jetzt ist die Situation umgekehrt.

Fährt man heute von der Ukraine durch Polen nach Deutschland,

bemerkt man den Übergang zwischen Polen und Deutschland nicht. Die Infrastruktur ist in Polen fast ebenso gut wie in Deutschland. Als Sportler habe ich viel Zeit in anderen Ländern verbracht und gesehen, wie diese Länder sich entwickelten. In der Ukraine aber hören wir seit einem Vierteljahrhundert das Märchen, dass alles besser werden wird, dass es eine andere Regierung geben wird und die Reformen bald kommen werden. Besser wurde es in Wirklichkeit nur für ein paar Leute, die der jeweiligen Regierung nahestanden. Für alle übrigen änderte sich nichts. Die Leute wurden richtig böse, weil einige alles bekommen und es keine Gerechtigkeit, keine Demokratie und keine Freiheit gibt. Es gibt nur einen Wert und eine Regel: Wenn du Geld hast, bist du König. Hast du Geld, kannst du alles und jeden und die teuersten Autos kaufen. Aber heute kann man mit



Vitali Klitschko

Geld auch jede Gerichtsentscheidung, jeden Richter und jede 6ffentliche Position kaufen.

Als Viktor Janukowytsch Präsident wurde, versprach er, die Ukraine nach Europa zu bringen. Er versprach Reformen und den Kampf gegen die Korruption. Aber sein Kampf gegen die Korruption sah aus, als ob Bienen gegen Honig kämpfen. Jeder wusste, dass er selbst viele Grundstücke, Gebäude und Unternehmen kaufte. Er wurde immer reicher, aber den 6brigen Menschen ging es nicht besser, die Leute sahen kein Licht am Ende des Tunnels. Jugendliche und Studenten, 17, 18, 19 Jahre alt, gingen auf den Majdan, um zu demonstrieren. Janukowytsch fand keine andere Antwort, als Spezialeinheiten zu schicken, die brutal auf die Jugendlichen einschlugen. Am nächsten Tag gingen unerwartet Millionen von Menschen in Kiew auf die Straße, um gegen ihre Lebensbedingungen zu demonstrieren. Janukowytsch hat sich nicht entschuldigt, sondern sie bekämpft. So kam es zum Aufstand.

Das nächste Märchen, das uns erzählt wird, ist dies: Durch den Aufstand wären Nationalisten, Faschisten, Russlandhasser und eine ›Junta‹ an die Macht gekommen. Ich selbst war auf der Straße, vorn, auf den Barrikaden. Und zu der Geschichte um das Verbot der russischen Sprache m6chte ich sagen, dass in der Ukraine mehr als 70 Nationen leben. Und alle verstehen sich sehr gut. Wir haben niemals die Frage gehabt, wer welche Sprache spricht, wir haben uns immer gut verstanden. Wir haben niemals die Frage nach der Zugeh6rigkeit zu einer Nation oder einer Kirche gestellt. Ich habe schon oft gesagt: Wie kann ich die Russen hassen, wenn meine Mutter Russin ist? Ich selber habe viele Verwandte in Russland. Das russische und das ukrainische Volk sind eng miteinander verbunden, aber es gibt jetzt einen Propagandakrieg und Gehirnwäsche. Alles, was in der Ostukraine passiert, würde ohne Waffenlieferungen aus Russland, ohne Gelduntersttzung und Propagandakrieg niemals stattfinden. Das ist leider die Wahrheit.

Reinhold Mokrosch: Bedeutet das, dass gegenwärtig noch nicht die Zeit für eine f6derale Struktur der Ukraine gegeben ist?

Vitali Klitschko: Wir müssen den Regionen mehr Rechte geben. Es muss eine Dezentralisierung der Macht und des Finanzhaushaltes geben. Das ist als ein Teil der Reformen geplant.

Reinhard Lauterbach: Herr Klitschko hat zu Recht betont, dass sich in der Ukraine immer alle verstanden haben – dies allerdings in russischer Sprache. Wenn aber Anfang 2014 auf dem Majdan Dutzende Plakate mit der

Aufschrift: Geh weg von der Sprache des Okkupanten! zu sehen waren, dann heißt das, dass nicht mehr Russisch, sondern Ukrainisch gesprochen werden soll. Dann ist das der Versuch, die Ebene der Verständigung zu untergraben. Der damalige Koalitionspartner von Herrn Klitschko, die *Swoboda*-Partei, ging darin voran, die burgerliche Spaltung der Ukraine zu akzentuieren. Als sie diese Hauptleistung erbracht hatte, wurde sie von anderen Leuten etwas zur Seite gedrängt. Momentan ist sie nur noch mit sechs direkt gewählten Abgeordneten im Parlament vertreten. Aber viele Leute ihres Schlages sind mittlerweile in der ›Volksfront‹ von *Arseni Jazenjuk* vertreten. Die Konzentration auf die Swoboda bei der Einschätzung dessen, was in der Ukraine passiert und welches politische Klima dort gerade herrscht, ist nicht repräsentativ, man muss auch über Jazenjuks Volksfront reden.

Reinhold Mokrosch: Herr Klitschko, darf man in Schulen im Donbas auch russisch sprechen?

Vitali Klitschko: Ich habe viel Zeit auf dem Majdan verbracht und auf dem Majdan wurden alle Sprachen gesprochen. Plakate, wie eben beschrieben, habe ich nie gesehen. Ich selber spreche russisch, das ist meine erste Sprache. Mein Ukrainisch ist nicht so gut. Ich spreche russisch in der Familie und mit meinen Freunden. Mindestens die Hälfte der Einwohner von Kiew spricht russisch. Die Frage, welche Sprache man spricht, wurde auf dem Majdan nie gestellt. Fälle von Nationalismus gibt es im übrigen in allen Regionen. Man soll aber nicht aus einer Mcke einen Elefanten machen. Das macht die russische Propaganda. Die Kinder bei uns gehen in die Schule und sprechen jede Sprache. Aber was die Regierungssprache betrifft, ist diese natürlich Ukrainisch, weil wir in der Ukraine sind. In den Regionen kann man jede Sprache sprechen, aber die Amtssprache muss Ukrainisch sein.

Reinhold Mokrosch: Gibt es nationalistische Bewegungen oder Gruppierungen in der Ukraine, die überhaupt nicht zu einer universell ausgerichteten Europäischen Union passen würden?

Vitali Klitschko: Die gibt es bestimmt, aber im Parlament gibt es sie zurzeit nicht. Es mag einzelne Abgeordnete mit solchen Vorstellungen geben, aber es gibt keine nationalistischen Parteien, die die Regierungskoalition repräsentieren.

Reinhold Mokrosch: Herr Pöttering, welche Reformen erwarten Sie von der Ukraine in wirtschaftlicher, zivilrechtlicher oder juristischer Hinsicht?

Hans-Gert Pöttering: Ich verabscheue jeden Extremismus – egal, ob er von rechts oder links kommt. In Deutschland hatten wir den Nationalsozialismus. Auch wenn immer noch etwas zu tun bleibt, ist uns doch die Aufarbeitung der verbrecherischen Vergangenheit der Nazis zwischen 1933 und 1945 im Großen und Ganzen gelungen. Die Würde eines Russen ist natürlich keine geringere als die eines Ukrainers, eines Deutschen oder eines Franzosen. Das ist auch in der Ukraine anzuerkennen. Leider ist es in Russland bisher nicht gelungen, den totalitären Kommunismus und die Verbrechen Stalins so aufzuarbeiten, wie wir in Deutschland die Verbrechen Hitlers aufgearbeitet haben. In welche Richtung Russland geht, ist von größter Bedeutung für die Zukunft.

Ich möchte, dass wir ein Russland zum Nachbarn haben, das demokratisch, rechtsstaatlich und ein starker und fairer Partner der Europäischen Union ist. Aber man sollte Fehler in der eigenen Geschichte selbstkritisch ein-



Hans-Gert Pöttering

räumen können und sich nicht auf Terroristen berufen wie *Felix Dserschinski*, den Organisator der Geheimpolizei *Tscheka*. Wenn der Name dieses Verbrechers heute in Moskau ein gutes Renommee hat, und dies im Sinne positiver Rückbesinnung auf die Sowjetunion, zeigt das keine gute Seite der gegenwärtigen russischen Politik. Auch mir sind die Rechtsbewegungen in der Ukraine ein Gräuel. Aber zur Wahrheit gehört, dass der russische Staatspräsident die Rechtsbewegungen in Europa wie den *Front National* in Frankreich, die Rechtsextremen in Griechenland und andere

unterstützt. Putin nutzt die Zusammenarbeit mit Rechtsradikalen, um sein Spiel zu machen.

Im Hinblick auf notwendige Reformen sind in der Ukraine viele Fehler gemacht worden. Auch die Vorgänger von Janukowytsch in der Regierung haben die Chance für Reformen nicht genutzt, ganz anders als z.B. in Polen. Die polnische Wirtschaft ist heute vorbildlich, und wir können von den Polen viel lernen. Diese Chance ist in der Ukraine leider nicht wahrgenommen worden. Dort hat man zehn und mehr Jahre verloren.

Die Frage, ob für die Ukraine eine Föderalisierung oder Dezentralisierung anzustreben ist, ist auch eine Frage der Sprache. Ähnlich wie bei den Briten hat das Wort ›Föderation‹ auch in der Ukraine keinen guten Klang. Aber in die Richtung sollte man gehen. Man kann das auch ›Dezentralisierung‹ nennen. Dazu gehört selbstverständlich, dass es der russischstämmigen Bevölkerung in der Ostukraine erlaubt sein muss, ihre Sprache zu sprechen, ähnlich wie in der Türkei, wo nach einem langen politischen Prozess die Kurden die Genehmigung bekamen, ihre Sprache zu sprechen. Minderheiten schützen, damit sie ihre kulturelle Identität leben können: das muss in der Ukraine und überall in Europa gelten. Dazu gehört im Übrigen die Ausstattung von Kommunen, Städten, Gemeinden oder Landkreisen mit eigenen finanziellen Mitteln.

Lösen wir uns von der Meinung, dass die einen alles richtig machen und die anderen alles falsch. Es gibt Grautöne. Die Aufgabe der Politik ist, durch Dialog und nicht durch militärische Mittel den Weg in eine gute Zukunft zu finden. Die Europäische Union ist sich bezüglich der Unterstützung der Ukraine einig. Die Menschen in Polen, Estland, Lettland und Litauen haben aber große Besorgnisse angesichts der Entwicklung in der Ukraine und Russland. In Portugal, Spanien, Griechenland oder Italien rangieren derzeit andere Sorgen höher. Ich habe Respekt vor denjenigen, die dennoch die Europäische Union zusammenhalten. Es ist der Mühe wert. Nur wenn wir die Europäische Union zusammenhalten, können wir unsere Werte vertreten.

Reinhard Lauterbach: Mir scheint, Polen und Russland haben gegenüber der Ukraine dasselbe Interesse, nur in entgegengesetzter Richtung: Die Polen wünschen sich in Gestalt der Ukraine einen Pufferstaat gegenüber Russland, und Russland möchte in Gestalt der Ukraine einen neutralen Staat gegenüber der NATO haben. Derzeit schließen sich diese beiden Interessen aus, und das ist bestimmend für die gegenwärtige Situation in der Ukraine.

Noch ein Wort zu der Rede von den ›pro-russischen Separatisten‹: Ich halte diese Kennzeichnung für gefährlich. Umfrageergebnisse aus dem

Donbas vom Frühjahr 2014 zeigen, dass zu dieser Zeit etwa 30% der Bevölkerung einen Anschluss an Russland befürworteten. Gleichzeitig sprachen sich 70% für eine größere Autonomie des Gebietes und etwa 25% für den Status Quo innerhalb der Ukraine aus. Die ukrainische Parlamentswahl vom Oktober 2014 hat dieses Meinungsbild in jenen Teilen des Donbas bestätigt, die noch von Kiew kontrolliert werden. Dort erhielten die Majdanparteien zusammen nur etwa 20-25% der Stimmen. Die Partei des Status Quo ist im Donbas weiterhin die Minderheit. Untersuchungen des amerikanischen Senders *Radio Liberty* besagen, dass inzwischen 80% der Menschen in den Volksrepubliken im Donbas mit der Ukraine nichts mehr zu tun haben wollen. Das heißt, die militärische Form der Konfliktlösung, nämlich der im Sommer 2014 unternommene Versuch Kiews, das Donbas mit Gewalt zurückzuerobern, hat dazu geführt, dass sich Stimmungen in extremer Weise verhärtet haben. Die Polarisierung, mit der wir es jetzt zu tun haben, ist nicht nur auf russische Propaganda zurückzuführen, sondern auch darauf, dass die Kiewer Seite zu einem Zeitpunkt, als man noch hätte verhandeln können, glaubte, sich das nicht leisten zu müssen und das Donbas mit militärischer Gewalt zurückerobern zu können. Das ist gescheitert.

Reinhold Mokrosch: Welches Interesse hat Russland eigentlich an der Ostukraine?

Reinhard Lauterbach: Es hat sicher nicht das Interesse, die Ostukraine zu annektieren, weil es diese Gebiete weder wirtschaftlich noch demografisch braucht. Im Gegenteil, Russland ist daran interessiert, dass die russischsprachigen Gebiete als eine Lobby auf den Willensbildungsprozess in der Ukraine einwirken und in erster Linie verhindern, dass die Ukraine der NATO beitrt. Mit der EU-Assoziierung der Ukraine hat sich Russland abgefunden. Aber es will keinen NATO-Mitgliedstaat an seiner Südwestflanke hinnehmen, ebenso wie die USA mit Kuba jahrzehntelang keinen Bündnispartner der damaligen Sowjetunion wenige Kilometer vor der Küste Floridas dulden wollten.

Reinhold Mokrosch: Herr Klitschko, welche Reformen sind für die Justiz und die Energiepolitik der Ukraine vorgesehen? Und welche Maßnahmen werden zur Bekämpfung der Korruption ergriffen?

Vitali Klitschko: Seit zwanzig Jahren grassiert die Korruption bei uns im ganzen Land. Es gibt keinen Bereich, in dem es keine Korruption gibt. Das betrifft auch die Polizei, die Medizin, die Justiz. Manche sagen, ein Drittel

unseres Haushaltes, andere sagen, die Hälfte unseres Haushaltes stehe im Schatten. Das bedeutet, dass das Land nicht funktioniert, dass keine Steuern gezahlt werden und keine Entwicklung stattfindet. Ohne einen Sieg gegen die Korruption können wir keine einzige Reform machen.

Wie bekämpfe ich die Korruption zum Beispiel in Kiew? Nun, die Korruption arbeitet im Dunkeln, deswegen ist das wichtigste Mittel gegen sie, alles durchsichtig zu machen und offenzulegen. Darum haben wir den gesamten Dokumentenkreislauf für alle offengelegt. Journalisten können sehen, was in welche Richtung läuft. Wir werden auch unseren Haushalt präsentieren und alle Einkommen und Ausgaben der Öffentlichkeit mitteilen. Früher wurde dabei sehr viel manipuliert, niemand wusste, wie viel Geld eingenommen wurde und wohin das Geld geht.

Sogar unsere Staatsanwaltschaft hat sich als ein Hindernis im Kampf gegen Korruption gezeigt. Als wir im August 2014 an die Macht kamen, stellten wir fest, dass gerade 70 Millionen *Griwna* gestohlen worden waren. Wir übergaben die Dokumente der Staatsanwaltschaft. Später stellten wir fest, dass 300 Millionen *Griwna* fehlten, und schließlich mussten wir feststellen, dass in den letzten 11 Jahren insgesamt 3 Milliarden *Griwna* gestohlen wurden. Diese Summe würde reichen, um 300 Straßenbahnen zu kaufen oder fünf U-Bahn Stationen zu eröffnen. Bis jetzt hat die Staatsanwaltschaft darauf noch nicht reagiert. In Kürze kommt ein neuer Staatsanwalt, und ich hoffe, dass er effektiver arbeiten wird.

In Deutschland gelten die Gesetze für alle. Es spielt keine Rolle, wie reich jemand ist oder welche gesellschaftliche Position er hat. Ob Tennisprofi, Konzernchef oder Bundespräsident – wer das Gesetz bricht, muss die Verantwortung dafür tragen und wird bestraft. In Kiew wird gesagt: Gut, dass ihr so viel entdeckt habt, aber wer ist schuldig? Es ist nicht unsere Aufgabe, das herauszubekommen, das ist eine Aufgabe für den Staatspräsidenten. – Ich hoffe trotzdem, dass wir in den nächsten Monaten zu Ergebnissen kommen.

Was kann man noch gegen Korruption tun? Stellen Sie sich vor, dass ein Beamter durchschnittlich ein Gehalt von 200 Euro pro Monat bekommt. Mit diesem Geld kann man *überleben*, aber nicht leben. Wenn dann jemand kommt und dem Beamten unter dem Tisch eine Summe anbietet, die er in vierzig Jahren verdienen würde, ist es schwer, Nein zu sagen. Dagegen muss es Gesetze geben, die auch durchgesetzt werden. Wird das Gesetz gebrochen, wird man bestraft – ohne Ausnahme. Das ist unser großes Ziel, in diese Richtung arbeiten wir. Außerdem haben wir in der Stadt Kiew mit einer Gesundheits- und einer Polizeireform begonnen.

Reinhold Mokrosch: Solche offenen Worte verdienen Anerkennung. Es ist zu hoffen, dass sich das Kiewer Modell in der Ukraine durchsetzt.

Hans-Gert Pöttering: Weil hier die NATO und die Europäische Union angesprochen wurden, möchte ich etwas Grundsätzliches bemerken: Deutschland war bis zum 3. Oktober 1990 geteilt. Wir Deutsche haben immer gesagt: Das Selbstbestimmungsrecht gilt für das gesamte Deutschland, nicht nur für die alte Bundesrepublik. Ebenso wie die Deutschen haben auch die Menschen in der Ukraine das Recht, von ihrem Selbstbestimmungsrecht Gebrauch zu machen. Selbst die Regierung Janukowytsch wollte ein Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union. Das ist von Moskau verhindert worden, schon bevor Putin sich die Krim geholt hat. Niemand aber – ob Russland oder die Europäische Union – hat das Recht, der Ukraine zu sagen, was sie darf und was nicht.

Eine ganz andere Frage ist, ob wir die Wünsche der Ukraine erfüllen, etwa wenn das Land der NATO beitreten wollte. In diesem Punkt müssen die NATO-Mitglieder die Entscheidungsfreiheit behalten. Kein NATO-Mitglied, das gegen den Beitritt der Ukraine zur NATO ist, muss befürchten, dass die Ukraine in absehbarer Zeit ebenfalls Mitglied wird. Davon unabhängig ist die Frage, ob wir den Prozess der Annäherung der Ukraine an die Europäische Union verstärken. Wir wissen von anderen Ländern, die der Europäischen Union beigetreten sind, dass sie durch ihre Hinwendung zur Europäischen Union, durch einen Assoziierungsvertrag, ihre Reformen beschleunigt durchgeführt haben. Dazu gehörten auch ehemalige kommunistische Länder und eigenständige Nationen in der Sowjetunion wie Estland, Lettland und Litauen. Ich würde auch der Ukraine wünschen, dass wir als Europäische Union, mit Deutschland als einem starken Partner, der Ukraine helfen, politisch, demokratisch, wirtschaftlich und finanziell auf die Beine zu kommen. Hierbei sollte die EU eine wichtige, partnerschaftliche Rolle spielen. Die Ukraine hat das Recht, diesen Weg zu gehen, und ich meine, die Europäische Union sollte mit ihr diesen Weg gehen, mit dem Ziel einer EU-Mitgliedschaft. Man muss diesen Weg einschlagen, damit die Reformen in der Ukraine erleichtert werden.

Vitali Klitschko: 70% der Ukrainer sehen ihr Land als Mitglied der europäischen Familie.

Reinhold Mokrosch: Herr Pöttering, haben Sie Verständnis für die Angst breiter Teile der Bevölkerung in Russland vor der NATO und davor, dass die Europäische Union direkt bis an ihre Grenze reicht?

Hans-Gert Pöttering: Ich nehme diese Sorge wahr. Man muss auch Russlands Handlungsweise verstehen, insofern bin ich ein ›Russlandverstehender‹, komme aber zu einer anderen Konsequenz. Während der drei Tage des Putsches gegen *Michail Gorbatschow*, als man ihn beseitigen wollte, war ich in Moskau. Damals kämpfte *Boris Jelzin* dafür, dass Gorbatschow dem Land erhalten blieb. Ein solches Russland, das sich auf Freiheit, Demokratie und Rechtsordnung gründet, wünsche ich mir.

Reinhard Lauterbach: Über eine EU-Assoziation der Ukraine hat Janukowytsch lange Zeit verhandelt. Er ist letztlich daran gescheitert, eine Forderung wegzuverhandeln, die die EU gestellt hat, nämlich die Bedingung, dass die Ukraine sich entscheiden müsse, ob sie sich mit Brüssel *oder* mit Moskau assoziiert. Die Gründe dafür sind nachvollziehbar. Sie liegen darin, dass die Ukraine ihre *hightech*-Erzeugnisse, also alle Produkte mit hoher Wertschöpfung, bisher auf den russischen Markt exportiert hat. In die EU dagegen exportiert sie Rohstoffe und Vorprodukte. Janukowytsch hätte mit dem Verzicht auf den russischen Markt den entwickelten Teil der ukrainischen Wirtschaft ruiniert. Damit hätte er überdies eine Wirtschaftskrise in den Teilen des Landes ausgelöst, in denen er seine Wählerhochburgen hatte. Brüssel mutete ihm damit einen kontrollierten politischen Selbstmord zu. Inzwischen sagt man auch in der Europäischen Union, dass die Alternative ›Brüssel oder Moskau‹ nicht so hart hätte formuliert werden müssen. Aber die Europäische Union hat das Assoziierungsabkommen als Mittel zur Abgrenzung und zur Etablierung einer eigenen Einflusszone, im Gegensatz zu den russischen Einflüssen in der Ukraine, definiert. Diese harte Verhandlungshaltung hat dazu beigetragen, dass der Konflikt in der Ukraine so eskaliert ist. Und damit ist die EU im ersten Schritt gescheitert.

Reinhold Mokrosch: Herr Lauterbach, Sie sagen, ein Grund für die Annexion der Krim war, dass das ukrainische Parlament drei Tage zuvor die Verträge mit der Schwarzmeerflotte gekündigt hat. Nun sagt allerdings Putin, er habe schon zehn Tage vorher den Beschluss zur Annexion gefasst.

Reinhard Lauterbach: Als Historiker kann ich nur feststellen, was vor aller Augen passiert, und die Interessenlagen analysieren. Die russischen Stützpunkte auf der Krim sind für die maritime Verteidigung Russlands von großer Bedeutung. Unter Präsident *Wiktor Juschtschenko* wurde die Vertragslaufzeit bis 2017 verlängert, unter Janukowytsch bis zum Jahr 2042. Nach dem Machtwechsel in Kiew war die Perspektive für Russland, dort sang- und klanglos rausgeworfen zu werden, ohne auf rechtlicher Ebene dagegen vorgehen zu können. Denn diese Verträge hatten keine Kündi-

gungsklausel. Es waren in erster Linie die Abgeordneten der Vaterlandspartei, die im ukrainischen Parlament forderten, einen bestehenden, von der Ukraine ratifizierten Vertrag zu zerreißen, weil ihnen der Inhalt nicht passte. Solchen Rechtsvoluntarismus wünscht man sich in Europa nicht. Darauf haben die Russen ebenfalls voluntaristisch reagiert. Nur muss man feststellen, dass das eine nach dem anderen kam.

Reinhold Mokrosch: War die Annexion der Krim völkerrechtswidrig?

Reinhard Lauterbach: Die meisten Juristen sind dieser Auffassung. Der Hamburger Staatsrechtler *Reinhard Merkel* sagt dagegen, sie fand ›in einer Lücke des Völkerrechts‹ statt. Er argumentiert, das erste Referendum auf der Krim habe nicht gegen das Völkerrecht verstoßen, da die Krim zu diesem Zeitpunkt kein Subjekt des Völkerrechts gewesen sei, da kein international anerkannter Staat. Wohl habe die Annexion gegen die ukrainische Verfassung verstoßen, die aber nicht für Russland bindend sei. Somit sei Russland frei gewesen, ein Beitritts-gesuch der Krim, die sich selbst von der Ukraine abgetrennt habe, anzunehmen oder nicht.

Persönlich denke ich, dass Putin weiß, dass er auf dünnem Eis argumentiert, und die Berufung auf den Präzedenzfall Kosovo, wo Russland dem Westen den Bruch des Völkerrechts vorgeworfen hat, begründet keine juristisch haltbare Position.

Reinhold Mokrosch: Herr Klitschko und Herr Lauterbach: Können Sie sich vorstellen, dass es trotz der schlimmen wirtschaftlichen Situation der Ukraine – gegenwärtig in einem Krieg, der täglich viel Geld kostet – wieder eine steigende Wertschöpfung geben kann, ähnlich wie in Polen?

Vitali Klitschko: Die Ukraine hat ein riesiges Potenzial, nicht nur in der Landwirtschaft. Die Ukraine nimmt 0,5% der gesamten Erdoberfläche ein und besitzt 36% der Weltreserven an Schwarzerdegebieten. Wenn man dann die Armut in unserem Land sieht, merkt man, dass das nicht zusammenpasst.

Zu nennen ist auch das Stichwort ›Energie‹. Die Ukraine hat große Gasvorkommen. Heute ist der durchschnittliche Gasverbrauch bei uns allerdings fünfmal höher als in anderen Ländern Europas. Warum? Weil wir keine Thermostatventile an den Heizungen haben. Wenn es drinnen zu warm ist, wird das Fenster aufgemacht. Energieeffizienz zu erreichen, ist also ein sehr wichtiges Ziel. Wenn wir auf eine europäische Art und Weise Reformen realisieren, können wir unser Potenzial ausschöpfen und den gleichen Weg wie Polen gehen. Daran glaube ich.

Reinhard Lauterbach: Unter den jetzigen Umständen wird die Ukraine ihre Wirtschaftskraft kurz- und mittelfristig kaum wesentlich steigern können. Das Thema ›Schwarzerde‹ ist ein Mythos. Die Schwarzerdeböden sind erstens durch jahrzehntelange falsche Bewirtschaftung in den Kolchosen, nämlich durch Befahren mit viel zu schweren Landmaschinen, extrem verdichtet. Zweitens sind sie durch alle möglichen Chemikalien, die die Industrie emittiert hat, so belastet, dass die Agrarprodukte nicht mehr einwandfrei sind. Und drittens hält sich das Interesse der Europäischen Union, die ukrainische Landwirtschaft zu entwickeln, in engen Grenzen. Der Botschafter der EU in der Ukraine hat einmal auf meine Frage, warum Europa nicht stärker die



Reinhard Lauterbach

Modernisierung der ukrainischen Landwirtschaft unterstützt, auf die europäische Überproduktion im Agrarbereich verwiesen und erklärt, dass man sich nicht noch einen weiteren Konkurrenten heranziehen wolle. Man sollte nicht meinen, dass Europa willens wäre, sich in der Ukraine eine starke Konkurrenz heranzuziehen. Ebenso erfolglos blieb der Versuch der Firma Antonov, ein modernes Militärtransportflugzeug zu bauen und es der Europäischen Union anzubieten. Stattdessen wurde der Airbus A400M in Auftrag gegeben, der allerdings wesentlich teurer wurde und erst viele Jahre später kam. Warum lief es so und nicht anders? Weil in der Antonov-Maschine russische Teile verbaut wurden und die Europäische Union nicht von russischen Zulieferungen abhängig sein wollte. Das sind zwei Schlaglichter auf die Realität wirtschaftlicher Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und der Ukraine.

Publikum: Das Thema ›Faschismus in der Ukraine‹ kam bisher kaum zur Sprache. Dabei ist es eine Tatsache, dass in der Ukraine faschistische Bataillone mit Nazi-Abzeichen unterwegs sind. Oligarchen fahren mit ihren Privatarmeen durch Kiew und besetzen staatliche Unternehmen.

Vitali Klitschko: Sie haben recht, es ist eine schwierige Zeit. Vor wenigen Tagen wurden diese Leute in den besetzten Gebäuden festgenommen, ihre Waffen beschlagnahmt. Die Oligarchen sind nicht mehr im Amt, und jetzt läuft die polizeiliche Untersuchung. Es gibt diese Fälle, und wir kämpfen dagegen. Wir kämpfen für europäische Werte. Das ist kein einfacher Kampf, und es gibt viele Hindernisse. Es mag auch sein, dass in Kiew ein paar Verrückte Plakate hochgehalten haben, um gegen die russische Sprache oder gegen andere Nationen zu protestieren. Auf dem Euromajdan aber wurde mit europäischen Fahnen für europäische Werte demonstriert, und das ist die Hauptsache.

Publikum: Der Euromajdan war beherrscht von faschistischen Kräften, die einen Antisemiten und Massenmörder wie Stepan Bandera verehren. Herr Klitschko, Sie sagen, Sie wollen eine demokratische Ukraine. Wie können Sie da mit Leuten von der Swoboda-Partei zusammenarbeiten?

Herr Pöttering, Sie treten für die Werte eines demokratischen Europa ein. Wie stehen Sie zu der Zusammenarbeit der Europäischen Union mit einer Regierung, zu deren Mitgliedern offen faschistische Kräfte gehören? Sogar der ehemalige EU-Kommissar *Günter Verheugen* hat dies als »Sündenfall« bezeichnet.

Publikum: Ich bin Musiker aus Odessa und war im Mai 2014 dort im brennenden Gewerkschaftshaus. Ein Funktionär Ihrer Partei, Herr Klitschko, organisierte dort Kolonnen von Nationalisten, um das Zeltdorf der Anti-Majdan-Bewegung zu verbrennen.

Herr Pöttering, Sie möchte ich fragen: Welche Demokratie empfehlen Sie der Ukraine?

Vitali Klitschko: Unsere Partei ist eine liberale Partei, die europäische Werte teilt. Es klingt merkwürdig, dass ein Mitglied unserer Partei Faschisten und Nationalisten organisiert haben soll. Jedenfalls passt ein solches Handeln nicht zu unserer Partei.

Hans-Gert Pöttering: Wenn ich es mir hätte aussuchen können, hätte es keine Zusammenarbeit mit der Swoboda-Partei gegeben. Hut ab vor den Demokraten in der Ukraine, dass sie es geschafft haben, dass der Stim-

menanteil dieser Rechtspartei bei der letzten Parlamentswahl in der Ukraine von 4,7% auf 1,2% abgesunken ist. – Zur Frage der Demokratie: Ich vertraue Vitali Klitschko, dass er als Demokrat das Beste für sein Land will. Die Ukraine muss selber wissen, welche Form der Demokratie sie jetzt anstrebt. Ich wünsche mir eine Ukraine, die eines Tages Mitglied der Europäischen Union ist. Und ich wünsche mir, dass es im 21. Jahrhundert in der Politik nicht mehr um Einflussphären geht, sondern um gemeinsame Werte. Die Europäische Union gründet sich auf Werte wie Menschenwürde, Menschenrechte, Freiheit, Frieden, Rechtsordnung und darauf, dass wir solidarisch zusammenstehen.

Publikum: Sind die bisherigen Maßnahmen des Westens gegenüber Russland nicht sehr einseitig? Müsste nicht Druck auf *beide* Kriegsparteien gemacht werden, also auch auf die Partei des ukrainischen Ministerpräsidenten Jazenjuk, der sehr bellizistisch auftritt? Und müsste Europa sich nicht von den USA distanzieren, die sich in den Konflikt eindeutiger eingemischt haben als Europa und mittlerweile in der Ukraine Soldaten ausbilden? Ist ökonomischer und politischer Druck überhaupt geeignet, diesen Konflikt zu beenden?

Publikum: Herr Klitschko, ist Ihre Forderung und die Forderung der USA, Waffen in die Ukraine zu liefern, nicht der direkte und beste Weg in einen Dritten Weltkrieg?

Publikum: Menschen im Süden und Osten der Ukraine werden als Terroristen diffamiert, weil sie als Teil einer Anti-Majdan-Bewegung in vielen Städten öffentliche Gebäude besetzen. Die viel militanteren Aktivisten des Majdan werden jedoch als Freiheitskämpfer bezeichnet. Herr Pöttering, teilen Sie diese Sicht?

Hans-Gert Pöttering: Die gesamte Europäische Union und die große Mehrheit der Vereinten Nationen qualifizieren das Vorgehen der russischen Führung im Verhältnis zur Krim eindeutig als Völkerrechtsbruch. Allerdings sind die Europäische Union und die USA nicht in allen Fragen immer einer Meinung. Die USA haben große Fehler im Irak gemacht, und wir als Europäische Union – und hier hat Angela Merkel zusammen mit Frank-Walter Steinmeier eine sehr beachtliche Position in der Europäischen Union durchgesetzt – wollen keine militärische Auseinandersetzung mit Russland. Aber der ökonomische und politische Druck auf Russland ist richtig. Es darf kein Zweifel daran bestehen, dass die Ursache für die Situation in der Ukraine im Handeln von Präsident Putin liegt. Er erklärte

inzwischen selbst, dass die Aktion auf der Krim lange vorbereitet war. Mit dem Wort ›Terrorist‹ darf man sicher nicht leichtfertig umgehen. Wo es Gewalt gibt, muss man einen Weg suchen, auf dem man wieder miteinander redet und trotz bleibender unterschiedlicher Meinungen eine gewaltfreie politische Diskussion fhrt.

Reinhard Lauterbach: Der CDU-Europaparlamentarier *Elmar Brok* erklärte im Mai 2014 vor ukrainischen Journalisten, er könne nicht erkennen, dass die Sanktionen gegenüber Russland dessen Politik geändert hätten. Das war allerdings vor dem jüngsten Kursverfall des Rubel. Inzwischen räumt Russland ein, dass die Sanktionen lästig sind. Aber da die Sache für Putin eine prestigeträchtige Frage und symbolhaft aufgeladen ist, wird er seinen Landsleuten wohl eher noch mehr Einschränkungen zumuten, als den Sanktionen nachzugeben. Man muss wissen, dass die Rede von der ›belagerten Festung Russland‹ in der Bevölkerung großen Rückhalt gefunden hat. Die russische Bevölkerung ist in der Tradition des Sowjetpatriotismus bereit, die Zähne zusammenzubeien und den Gürtel enger zu schnallen. Trotz der Sanktionen gehen die Zustimmungswerte für Putin nicht erkennbar zurück.

Die Person Bandera wurde bereits angesprochen: Dieser Mann, der im Polen der Zwischenkriegszeit ein Terrorist war und später ein Nazikollaborateur, wurde auf der Bühne des Majdan mit einem Porträt in Form eines großen Posters geehrt. Seine Ideen sind offensichtlich *en vogue*, was auch die auf Bchertischen in großer Auflage angebotenen Schriften von ihm und anderen aus seiner Organisation unterstreichen. Das Erbe dieses Mannes ist im Verlauf des Majdan massiv propagiert worden.

Reinhold Mokrosch: Herr Klitschko, in Deutschland befürchten viele Menschen, dass Waffenlieferungen der Amerikaner in die Ukraine zu einem Dritten Weltkrieg führen könnten.

Vitali Klitschko: Im Jahr 1994 hat die Ukraine in Budapest ein Memorandum unterschrieben, wonach sie auf Atomwaffen verzichten muss. Im Gegenzug haben die daran beteiligten Länder USA, Großbritannien und Russland eine Garantieerklärung für die Einheit und Unabhängigkeit der Ukraine abgegeben. Deswegen wurde anschließend in die ukrainische Armee nicht viel investiert. Als nun im aktuellen Konflikt modernste russische Panzer und Waffen auftauchten und diesen eskalierten, fragte die ukrainische Regierung nach Waffen. Allein mit Mut und Patriotismus kann man kein Land verteidigen. Wir sind sehr froh darüber, dass mit dem Minsker Abkommen eine friedliche Lösung gefunden wurde. Der Prozess

wird weitergehen, und es wird zu einer politischen Lösung des Konfliktes kommen.

Publikum: Der ukrainische Innenminister *Awakow* ernannte vor einigen Monaten *Wadim Trojan*, der als bekennender Rassist und Rechtsextremist bezeichnet und dem ›Rechten Sektor‹ zugerechnet wird, außerdem Kommandant im *Asow*-Bataillon war, zum Polizeichef des Kiewer Gebietes. Herr Lauterbach, wie beurteilen Sie die Zusammensetzung und Rolle der Sicherheitsorgane nach dem *regime change*?

Publikum: Die Konrad-Adenauer-Stiftung unterstützt die Partei von Herrn Klitschko und seine Person. Wenn aber die CDU über die ihr nahestehende Stiftung versucht, Politik in der Ukraine, einem souveränen Staat, zu gestalten und den *regime change* dort aktiv mitbefördert hat, so steht das für mich klar im Widerspruch zu Ihrer Aussage, Herr Pöttering, die Ukraine solle ihren Weg selbst bestimmen.

Publikum: Herr Lauterbach, Sie beklagten eine angebliche Verletzung der Rechte der russischsprachigen Bevölkerung im Donbas. Ich stamme selbst von dort und kann das nicht bestätigen. Wo haben Sie diese Menschenrechtsverletzungen festgestellt?

Publikum: Die aktuelle Situation ist eine große Chance für die Europäische Union, ihr Profil zu schärfen und unabhängig von den USA zu handeln. Leider lässt sich die EU aus Washington beeinflussen. Ich befürchte, dass eine Aufnahme der Ukraine in die EU nur eine Vorstufe zu einer NATO-Mitgliedschaft sein könnte. Die jüngsten NATO-Manöver in den baltischen Staaten tragen zur Eskalation bei. Sicherlich hat jeder Staat, der sich zu demokratischen Reformen bekennt, das Recht, sich um Aufnahme in die EU zu bemühen. Eine Aufnahme der Ukraine in die EU oder die NATO aber darf es nicht geben. Das wird Russland nie akzeptieren.

Herr Klitschko, halten Sie selbst eine EU-Mitgliedschaft der Ukraine für realistisch oder sollte man sich nicht besser bemühen, die Ukraine als Pufferstaat zu etablieren?

Vitali Klitschko: Als Vorsitzender meiner Partei, der Ukrainischen Demokratischen Allianz für Reformen, UDAR, möchte ich betonen, dass wir keine Finanzierung durch die Adenauer-Stiftung erhalten. Ich finanziere unsere Partei vielmehr mit eigenen Geldmitteln. Mit der Adenauer-Stiftung kooperieren wir, organisieren Seminare und lernen, wie man eine Partei aufbauen und ein Land gut gestalten kann.

Ich bin zur Politik in der Ukraine gekommen, weil ich von dort stamme und meine Wurzeln dort sind. Ich liebe dieses einmalige Land. Während meiner Karriere als Sportler habe ich viel Zeit in anderen Ländern verbracht, auch in Deutschland und in den USA. Ich bin nicht von einem politischen Amt abhängig; ich könnte in jedem Teil der Welt ein gutes Leben führen. Aber ich liebe mein Land und bin davon überzeugt, dass wir die Ukraine verändern müssen. Es ist traurig, dass dort viele Menschen unter der Armutsgrenze leben. Es ist schade, wenn ein ganzes Land schon seit einer Generation in Korruption lebt. Das müssen wir ändern, und dafür arbeite hart ich. Es gibt viele Schwierigkeiten und sehr unterschiedliche Meinungen darüber. Deutschland und andere europäische Länder sind gute Beispiele für uns. Wir tun alles dafür, dass es in der Ukraine so wird wie in Deutschland oder Polen. Ich verspreche, dass wir ein Teil der europäischen Familie werden.

Reinhard Lauterbach: Menschenrechtsverletzungen wurden im Donbas befürchtet, nachdem die Leute dort durch Nationalisten und Bandera-Anhänger bedrängt wurden. Auch die Rolle der Sicherheitskräfte in der Ukraine ist problematisch. Dort gab es noch nie eine rechtsstaatlich organisierte Polizei. Die Polizei war immer der ausführende Arm der jeweiligen Machthaber. Die Polizei, die von den Majdan-Leuten auseinandergelassen worden ist, war die des Präsidenten Janukowytsch. Ihre Auflösung geschah womöglich vorschnell, ohne besondere Prüfung der Frage, wer sich individuell schuldig gemacht hat. Viele dieser Leute sind so in die Arme der Volksmilizen im Osten gedrängt worden.

Hans-Gert Pöttering: Die Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung wird von manchen wohl für wirkungsvoller gehalten, als sie ist. Wir machen international das Gleiche wie die Friedrich-Ebert-Stiftung, die Friedrich-Naumann-Stiftung und die Heinrich-Böll-Stiftung, mit der wir im Hinblick auf die Ukraine zu nahezu gleichen Ergebnissen kommen.

Im Verlauf unserer Diskussion kamen viele Beispiele politischen Fehlverhaltens der Konfliktparteien zur Sprache. Wenn die ukrainische Armee im Osten des Landes scharf geschossen hat und die OSZE das feststellt, kritisiere ich das ebenso, wie wenn es sich um einen Waffengebrauch der russischen Armee oder russischer Verbündeter handelt, denn beides sind Verstöße gegen das Minsker Abkommen. Wir müssen einfach alles daran setzen, dass das Minsker Abkommen eingehalten wird. Es ist die einzige Chance auf Frieden.